

Sitzung des Aktionskreises am Dienstag, den 27.05.2014

Anwesend: Esther Schmidt, 17 Mitglieder, Protokollantin

Tagesordnung

1. Infos und Berichte
2. Bericht über das Symposium „Alter und Behinderung“ vom 14.05.2014 im Kulturort Depot Dortmund und daraus resultierende politische Konsequenzen
3. Absprachen für die Regionalplanungskonferenz zu den Themen „Wohnen“ und „Wohnen im Alter“
4. Gestiegener Pflegebedarf bei Heimbewohnern? – Konsequenzen für die Einrichtung oder die Bewohner

Zu 1. Infos und Berichte

Anhörung des Dortmunder Hauptbahnhofs am 21.05.2014

Teilnehmende des Aktionskreises waren anwesend. Die Stimmung war entspannter als beim letzten Mal, da im Vorfeld Gespräche stattgefunden haben.

Der Bau soll 2017 beginnen und ca. 6 Jahre andauern. Die bahneigenen DIN Normen zum barrierefreien Bauen werden berücksichtigt. Das Informationskonzept während der Umbauphase soll mit Frau Vollmer besprochen werden.

Bis 2017 finden Ausschreibungen statt, Bauunternehmen können sich bewerben. Das Projekt wird europaweit ausgeschrieben.

Veranstaltungshinweis von Frau Opitz

„Bike ma anders - Radfahren für alle“ am 14.06.2014. Veranstaltungsort ist die Sporthalle Gesamtschule Gartenstadt, Hueckstr. 25-26, 44141 Dortmund. Dort können u.a. Handbikes ausprobiert werden.

Benennung der Mitglieder für das Behindertenpolitische Netzwerk am 28.05. (19:00-22:00 Uhr)

Entscheiden können alle auf Bundesebene anerkannten Dortmunder Behindertenverbände sowie der Aktionskreis. 10 Personen plus deren Stellvertreter_innen werden ausgewählt.

Veranstaltung der Stadt Dortmund: „Innovative Wohnformen“

Am 31. August findet diese Veranstaltung von 11:00-16:00 Uhr in der Bürgerhalle des Rathauses statt. Verschiedene Vereine/Stiftungen stellen sich vor. Mosaik e.V. wird über sein Projekt berichten. Näheres hierzu wird in der Zeitung erscheinen.

Zu 2. Bericht über das Symposium „Alter und Behinderung“ vom 14.05.2014 im Kulturort Depot Dortmund und daraus resultierende politische Konsequenzen

Herr Herkelmann berichtet:

Mitglieder des Behindertenpolitischen Netzwerks waren anwesend. Es gab folgende Veranstaltungsbeiträge:

Jana Bessenich (Caritas) „Behinderung und Teilhabe im Alter im Quartier“

[http://www.dortmund.de/media/p/senioren_1/downloads_senioren/Alter_und_Behinderung_Bessenich.pdf]

LMR Roland Borosch „Alter und Behinderung – aus Sicht des Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen“

[http://www.dortmund.de/media/p/senioren_1/downloads_senioren/Alter_und_Behinderung_Borosch.pdf]

Prof. Dr. Sabine Kühnert (EFH Bochum) „Behinderung und Pflege“

[http://www.dortmund.de/media/p/senioren_1/downloads_senioren/Alter_und_Behinderung_Kuehnert.pdf]

Else Lüning (Leiterin des Altenzentrum St. Hildegard) „Behinderung und Pflege“

[http://www.dortmund.de/media/p/senioren_1/downloads_senioren/Alter_und_Behinderung_Luening.pdf]

Michael Wedershoven (LWL) „Menschen mit Behinderung im Alter - Herausforderungen und Lösungen“

[http://www.dortmund.de/media/p/senioren_1/downloads_senioren/Alter_und_Behinderung_Wedershoven.pdf]

Frau Nieft ergänzt:

In der abschließenden Talkrunde wurde gewünscht, dass neue Angebote aus einer Zusammenarbeit von Behinderten- und Altenhilfe unter Beteiligung der Selbsthilfe entwickelt wird.

Zu 3. Absprachen für die Regionalplanungskonferenz zu den Themen „Wohnen“ und „Wohnen im Alter“

Es wird berichtet:

Für Menschen mit psychischer Behinderung soll ein ähnliches Versorgungsmanagement für (die Verhinderung) auswärtige Unterbringung geschaffen werden.

Herr Siebert, der neue Psychiatrie- und Suchtkoordinator, hatte Gespräche mit Stadt und Kliniken, „müsse sich aber erstmal einarbeiten“.

Zahlen von den Jahren 2007-2012 existieren, die Zahl für 2013 fehlt.

In der nächsten Regionalplanungskonferenz wäre es gut, wenn Herr Siebers etwas zur (auswärtigen) Unterbringung suchtkranker und psychisch kranker Menschen vorstellen könnte.

Andere Personenkreise:

Wo sind im Zusammenhang mit Inklusion in Dortmund Wohnungen zu finden? Wird Wohnraum für Menschen mit Behinderung geschaffen?

Herr Schwohnke hat Schlüssel vorgehalten, der nie aktualisiert worden ist. Zur Überprüfung der Eingruppierung der Bewohner muss eine Verabredung zur Stellungnahme getroffen werden.

Vorgehen des Aktionskreises in Bezug auf die Regionalplanungskonferenz: Was ist aus Zielen, die eingebracht wurden, geworden? Nochmal Nachhaken bei Frau Kirsten. Es ist wichtig, dass diese Themen nicht untergehen. Personen die in Einrichtungen wohnen, haben auch das Problem des Älterwerdens.

Margot Strotmann berichtet:

Die „Arbeitsgruppe Familien von erwachsenen Söhnen und Töchtern“ baut in ihren Aktivitäten auf einer Studie von 2009 auf, die zeigte, dass viele erwachsene Menschen mit Behinderung noch zu Hause leben.

Die Regionalplanungskonferenz muss dies weiter beachten, weil die zu Hause lebenden Personen (es handelt sich um ca. 800 Familien) in Dortmund Unterstützungsbedarfe haben spätestens wenn die Eltern versterben.

Silvia Günther berichtet:

Der Betreuungsschlüssel bei Menschen mit hohem Hilfebedarf in Werkstätten liegt bei 1:6, d.h. diese sind nicht optimal betreut.

Die Werkstatt lehnt Helfer ab, die eine individuellere Betreuung garantieren könnten, da diese „sozialen Unfrieden stiften“ würden.

Persönliches Budget scheint nicht möglich, da die Werkstatt einen Vertrag mit dem LWL hat.

Es stellt sich die Frage nach Öffnungsklauseln? Kann z.B. ein Arbeitsplatz „eingekauft“ werden, in dem ein Helfer mitgebracht wird?

Esther Schmidt:

Agentur für Arbeit verlangt, dass ein „Mindestmaß an verwertbarer Arbeit“ erbracht wird. Werkstätten in Dortmund nehmen auch Menschen mit hohem Hilfebedarf auf.

Persönliche Assistenz könnte als Indiz dafür gesehen werden, dass diese Person nicht das Mindestmaß an verwertbarer Arbeit erbringt.

Es wurde ergänzt:

In der Berufsbildung ist nach 22 Monaten die Agentur für Arbeit verantwortlich. Wenn Person nicht als werkstatttauglich eingestuft wird, wird sie abgeschoben in die Tagesstruktur.

Manuel Salomon:

Ein Antrag auf medizinische Unterstützung kann über die Krankenkasse gestellt werden. Die Trennung von Arbeit und Gesundheit gilt vielleicht als praktische Einzelfalllösung. Aber wird die als Lösung akzeptiert?

Christiane Siebers:

In diesen Werkstattzusammenhängen haben Eltern nicht die Kraft dazu, sich noch weiter damit auseinanderzusetzen. Vielen Eltern ist das Problem bekannt, können aber nicht immer durchhalten.

Esther Schmidt:

Betreuungsschlüssel als strukturelles Problem. Eltern und Betroffene haben oft keine Kraft - es soll aber darauf hingewiesen werden, dass es ein Problem gibt.

Frau Obermeier (Lebenshilfe):

Familienunterstützender Dienst kümmert sich um Anträge. Beantragt wurde Assistenz im Freizeitbereich, diese wurde bewilligt.

Zu 4. Gestiegener Pflegebedarf bei Heimbewohnern – Konsequenzen für die Einrichtung oder die Bewohner_innen?

Eine Mutter berichtet:

Ihre 36-jährige Tochter lebt in der Wohnstätte Hostedde. Sie wurde über die Veränderung des Wohnvertrages „informiert“. In dem Dokument „Anpassungsausschluss“ sollte sie einwilligen, dass der Träger nicht verpflichtet ist, eine Anpassung des Angebots vorzunehmen, sollte der Pflegebedarf ihrer Tochter steigen.

Informationsbedarf:

Müssen alle diesen Vertrag unterschreiben? Wann kann Einrichtung sagen: jetzt ist zu viel? Was passiert mit den Menschen? Welche Alternative gibt es?

Viele Eltern haben unterschrieben, ohne informiert zu werden.

Gefordert wird, dass die Sachlage transparent gemacht werden, informiert werden muss.

Eine Teilnehmerin besuchte ein Altenheim der Caritas, in dem v.a. Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen leben. Dies stelle ein alternatives Angebot für höhere Pflegebedarfe dar.

Frau Steinhard (Bethel) vertritt die Position:

Anlage 6 des Rahmenvertrags NRW ist aus ethischen Gründen nicht vertretbar. Es kann immer dazu kommen, dass sich der Gesundheitszustand eines/einer Bewohner_in in sich verschlechtert. Die Pflege in der Einrichtung der Eingliederungshilfe muss gesichert sein. Die Anlage wird von Bethel nicht eingefordert.

Heimaufsicht muss ins Boot geholt werden. Eingliederungshilfe bedeutet nicht, dass Person nie gepflegt werden muss.

Fazit:

Menschen verändern sich, aber das heißt nicht, dass sie ausziehen wollen. Wie kann Problem strukturell mit LWL und Stadt Dortmund angegangen werden?

Alten- und Behindertenhilfe müssen enger zusammenarbeiten. Private und strukturelle Ebene müssen bedacht werden.

Behinderung und Alter muss in verschiedenen Facetten deutlicher werden.

Information für eine der nächsten Sitzungen: Rückblick auf Frau Emsinghoff und Integrationshilfe